



NIEDERSCHRIFT

4. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung & Polizeibeirat (Wahlperiode 2013 - 2018)

Sitzungstermin: Dienstag, 17.12.2013
Sitzungsbeginn: 16:05 Uhr
Sitzungsende: 19:45 Uhr
Sitzungsort: Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6,
23560 Lübeck

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Herr Hans-Jürgen Schubert - Bü90

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Herr Dr. Marek Lengen - SPD
Frau Heidemarie Menorca - CDU
Frau Kerstin Metzner - SPD
Herr Thomas Rathcke - FDP
Frau Ursula Wind-Olßon - CDU
Herr Frank Zahn - SPD

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Herr Günter Wosnitza - Bü90	(abwesend beim TOP 9 / 9.1) Vertretung für: Frau Mählenhoff, Silke
Frau Stefanie Bussat - Die PARTEI-PIRATEN Herr Martin Böhlke - BfL	Vertretung für: Herrn Wegner, Olaf
Frau Helga Lenz - Bü90	zum TOP 9 / 9.1; für Herrn Wosnitza; Günter
Herr Hans-Jürgen Martens - LINKE Herr Christoph Otte - SPD Herr Paul-Gerhard Röttger - CDU Frau Ingrid Stockfisch - CDU	Vertretung für: Herrn Mauritz, Jochen

Verwaltung

Herr Senator Bernd Möller	Fachbereichsleitung
Frau Dr. Olga Koop	Fachbereichscontrolling
Frau Angela Neitzke	Fachbereichscontrolling
Herr Norbert Siegrist	3.327 – Verkehrs- angelegenheiten
Herr Egbert Ohlow	3.327 – Verkehrs- angelegenheiten
Frau Birgit Hartmann	3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Herr Knut Sturm	3.820 - Stadtwald
Herr Jens Clasen	PR Stadtwald
Herr Detlef Radtke	Stadtfirewehrverband
Frau Jutta Scheibner	2.530 - Gesundheitsamt
Herr Thomas Wolff	Polizei

Protokollführung

Herr Maik Schneider	Fachbereichsdienste
---------------------	---------------------

Sonstige Personen (nur im öffentlichen Teil)

Herr Werner Macziew	Seniorenbeirat
Herr Klaus- Dieter Zander	Seniorenbeirat

Sonstige Personen

Herr Dr. Rolf Tetzlaff-Gahrman - Bü90	nur im öffentlichen Teil
---------------------------------------	--------------------------

Mehrere Personen der Öffentlichkeit (nur im öffentlichen Teil)

Entschuldigte Mitglieder

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Frau Silke Mählenhoff - Bü90
Herr Jochen Mauritz - CDU

fehlte entschuldigt
fehlte entschuldigt

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Herr Paul Kaitschick - CDU
Herr Olaf Wegner - BfL

abwesend
fehlte entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

- 1. Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2. Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 19.11.2013**
- 4. Mitteilungen**
 - 4.1. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**
 - 4.2. Mitteilungen der Fachbereichsleitung**
 - 4.2.1. Vorstellung Bereich 3.327 - Verkehrsangelegenheiten
 - 4.2.2. Nitratschutzprogramm
 - 4.2.3. Änderung des B-Plans 27.52.01 IKEA i. S. FFH-Verträglichkeit von Schiffsanlegestelle und Bistro
 - 4.3. Beantwortung von Anfragen**
 - 4.3.1. Fragen zur erheblichen Lärmbelastigungen im Bereich der Neuen Hafenstraße, der Eschenburgstraße und weiteren Straßen in Karlshof durch Verladearbeiten der Firma Rodenberg, Waldkontor GmbH im Hafen Vorlage: VO/2013/01055
 - 4.3.2. Laubbeseitigung Moltkestraße
 - 4.3.3. Ölunfall Kahlhorststraße
 - 4.4. Überweisungen aus der Bürgerschaft**
 - 4.4.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - "Umweltbericht für das Metallhüttenwerkgelände" Sitzung der Bürgerschaft 29. August 2013 (VO 833)
Vorlage: VO/2013/00858
 - 4.4.2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - "Lärmentwicklung der Häfen und Wasserstraßen" Sitzung der Bürgerschaft 29. August 2013 (VO 777)
Vorlage: VO/2013/00859
 - 4.4.3. interfraktioneller Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und BM Bruno Böhm - "Umschlag, Lagerung und Bereitstellung gefährlicher Güter"
Sitzung der Bürgerschaft 28. November 2013 (VO 10794)
Vorlage: VO/2013/01191
 - 4.4.4. Antrag der Fraktion Die Linke - "Wakenitzverkrautung" Sitzung der Bürgerschaft 28. November 2013 (VO 10799) Vorlage: VO/2013/01192
- 5. Anträge**
- 6. Vorlagen**
- 7. Berichte und Antworten**

8. Neue Anfragen und Verschiedenes

- 8.1. Sicherheitskonzept Hansetag (Anfrage Herr Rathcke)
- 8.2. Lärmschutz Schienenverkehr im Zuge der FBQ (Anfrage Herr Dr. Lengen)
- 8.3. Radfahrurfälle Meierbrücke - Verkehrsführung (Anfrage Herr Dr. Lengen)
- 8.4. Sana-Kliniken - Aufnahme Notfallpatienten (Anfrage Herr Martens)
- 8.5. Videoüberwachung Schulgelände (Anfrage Frau Stockfisch)
- 8.6. Verschiedenes (Herr Zahn)

9. Polizeibeirat

- 9.1. Prostitution
- 9.2. Umweltpolizei
- 9.3. Polizeieinsätze/Rettungsdienst
- 9.4. Gaunerzinken

Nichtöffentlicher Teil:

- 10. Feststellung der Niederschrift (nichtöffentlicher Teil) vom 19.11.2013**
- 11. Mitteilungen**
- 12. Vorlagen**
- 13. Berichte und Antworten**
- 14. Neue Anfragen und Verschiedenes**

Öffentlicher Teil:

- 15. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Herr Schubert eröffnet die 4. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung & Polizeibeirat in der Wahlperiode 2013 - 2018, begrüßt die Ausschussmitglieder, die zu den einzelnen Tagesordnungspunkten eingeladenen Referenten sowie die Vertreter der Bereiche.

Herr Schubert verpflichtet gem. § 46 Abs. 6 Gemeindeordnung (GO) per Handschlag die bürgerlichen Ausschussmitglieder auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten und führt sie in ihr Amt ein.

Verpflichtet werden: Herr Günter Wosnitza und Frau Helga Lenz

Herr Schubert stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schubert beantragt das Vorziehen des **TOP 9** aus Rücksicht auf die eingeladenen Gäste, das Vertagen des **TOP 4.4.1**, die Erweiterung der TO um eine weitere Mitteilung der Fachbereichsleitung und die Herstellung eines nichtöffentlichen Teils, da die nichtöffentliche Niederschrift aus der letzten Sitzung festzustellen sei.

Der Ausschuss stimmt dem Vorziehen, der Vertagung, der Erweiterung sowie der Herstellung eines nichtöffentlichen Teils bei 14 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Der Ausschuss stellt die geänderte Tagesordnung bei 14 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

Herr Wosnitza verlässt die Sitzung um 16:20 Uhr. Es übernimmt Frau Lenz.

zu 3 Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 19.11.2013

Frau Stockfisch bezieht sich auf die Einladung und merkt an, dass der TOP 4.3.1 ebenfalls auf den TOP 4.3.1 der Niederschrift vom 19.11.2013 verweisen würde. Dort aber ein anderes Thema hinterlegt sei. Herr Schneider merkt an, dass es sich in der Einladung/TO um einen Zahlendreher handle und es in der Einladung „siehe TOP 4.1.3“ heißen müsse.

Herr Zahn hat zwei Nachfragen zum TOP 4.3.2 und zwar, wie viele Kontrollen 2013 durchgeführt worden seien und wer die Taxibetreiber/-betriebe kontrolliere/überwache. Herr Siegrist antwortet, dass in 2013 drei offizielle Kontrollen (April 2; August 1) durchgeführt worden seien. Außerdem werde im Tagesgeschäft ständig kontrolliert. Für die Kontrollen der Betreiber seien das Finanzamt und ggf. der Zoll zuständig. Bei Auffälligkeiten werde der Vorgang an die Steuerbehörde abgegeben. Nähere Informationen könnten in einer der nächsten Sitzungen gegeben werden, da ja noch über die Taxirunde informiert werden solle. Herr Rathcke weist auf einen Rechenfehler in der Statistik hin.

Zu den unter dem TOP 6.1 aufgeführten Kosten eines Löschwasserbehälters habe Herr Röttger ein ähnliches Angebot, was sich auf ca. 25.000 Euro belaufen würde. Er bittet um Aufschlüsselung der in der Vorlage aufgeführten Kosten.

Außerdem sei er mit der Antwort zum TOP 8.1 betr. Beschaffung / Ausrüstung Helme nicht zufrieden. Herr Möller sagt zu, dass die Kosten aufgeschlüsselt würden und man die Antwort in einer der nächsten Sitzungen gebe. Zum TOP 8.1 erwähnt er, dass man sich an die Vergaberichtlinien halten müsse und diese eine europaweite Ausschreibung vorsehen würden. Herr Radtke ergänzt, dass sich die Firma Dräger nicht an der Ausschreibung beteiligt habe, da sie die Leistungsbeschreibungen nicht erfülle. Mit dem jetzigen Anbieter sei man im Gespräch, um die in der Praxis festgestellten Mängel aufzuarbeiten und nachzubessern.

Frau Metzner bittet auf Seite 8/22, 2.Abs., letzter Satz um die folgende Ergänzung: „...Betonwerk / **Zementwerk**.“

Frau Menorca fragt nach, wo die Anlage zum TOP 4.3.4 zu finden sei. Herr Schneider antwortet, dass die Anlagen zu den jeweiligen TOP im Ratsinformationssystem für jede Sitzung im Internet abrufbar seien.

Link:

http://www.luebeck.de/stadt_politik/buergerinfo/bi/si018_a.asp?GRA=100013

Der Ausschuss stellt die Niederschrift (öffentlicher Teil) in ergänzter Fassung bei **14** - Jastimmen, **0** - Neinstimmen und **0** - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

zu 4 Mitteilungen

zu 4.1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

Es liegt nichts vor.

zu 4.2 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

zu 4.2.1 Vorstellung Bereich 3.327 - Verkehrsangelegenheiten

Herr Siegrist und Herr Ohlow stellen den Bereich 3.327 – Verkehrsangelegenheiten vor.¹

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Gemäß der Beschlussfassung des Ausschusses vom 17.09.2013 TOP 10.9 wird die Sitzung von 18:15 Uhr bis 18:25 Uhr für eine Pause unterbrochen.

zu 4.2.2 Nitratschutzprogramm

Herr Möller verweist auf einen Artikel der LN vom 26.10.2013 bezüglich Überschreitungen von Nitratwerten. Die Messstelle befinde sich nicht im Hauptgrundwasserleiter aus dem Lübeck sein Trinkwasser bezieht, sondern im oberflächennahen Grundwasserleiter. Im Hauptgrundwasserleiter, aus dem Lübeck sein Trinkwasser bezieht, seien derartig hohe und gesundheitsschädliche Nitratwerte nicht gemessen worden.

¹ Anlage 1 – Diese Anlage sowie alle folgenden Anlagen sind im Ratsinformationssystem http://www.luebeck.de/stadt_politik/buergerinfo/bi/si018_a.asp?GRA=100013 abrufbar.

Des Weiteren sei es aufgrund der in der heutigen Zeit bestehenden Möglichkeiten zur Informationsbeschaffung und der Transparenz durch Veröffentlichungen, z.B. von Nitratwerten im Internet, nicht mehr zeitgemäß, den Bürgerschaftsbeschluss aus dem Jahre 1985 umzusetzen und alle 5 Jahre darüber zu berichten. Es wäre wünschenswert, diesen den aktuellen Gegebenheiten anzupassen und eine anlassbezogene Berichterstattung zu erwirken.

Zum Thema sprechen die Herren Wosnitza, Schubert und Röttger.

Herr Schubert beantragt das Anhörungsrecht für Herrn Dr. Tetzlaff-Gahrmann, welches der Ausschuss bei 10 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 4 - Stimmenthaltungen einstimmig beschließt.

„Die Nitratwerte festzustellen sei wichtig, da diese ein verlässlicher Maßstab für die Qualität des Wassers seien, führt Herr Dr. Tetzlaff-Gahrmann aus. Dass die momentanen Werte keine gesundheitliche Gefahr darstellen, sei missverständlich. Neben chemischen oder physikalischen Messungen müssten auch biologische Indikatoren zur Gefährdungsabschätzung eingesetzt werden.“

Die Lübecker Trinkwasserversorgung werde auch aus Hamburg sichergestellt, merkt Herr Rathcke an und stellt den folgenden Antrag:

„Der Ausschuss wird in einer der nächsten Sitzungen über die Lübecker Trinkwasserversorgung und die Qualität des Trinkwassers informiert.“

Herr Schubert lässt darüber abstimmen.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag bei 14 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

zu 4.2.3 Änderung des B-Plans 27.52.01 IKEA i. S. FFH-Verträglichkeit von Schiffsanlegestelle und Bistro

Frau Hartmann teilt mit, dass seitens der EU weder schriftlich noch mündlich mitgeteilt worden sei, dass die Bistro-Planung Fauna-Flora-Habitat (FFH) unverträglich sei. Die EU habe allerdings weiterhin offene Fragen und Bedenken, die auch durch die Nachbearbeitung der Unterlagen im Bebauungsplanverfahren nicht ausgeräumt worden seien. Diese sollten dann, nach mündlicher Aussage der EU, in einem Vertragsverletzungsverfahren untersucht und geklärt werden. Auf diese mündliche Ankündigung sei von der Hansestadt Lübeck und IKEA die Bistro-Planung aus dem B-Plan vorsorglich herausgenommen worden, um einen langwierigen Rechtsstreit mit der EU zu vermeiden. Die Frage einer möglichen Unverträglichkeit der Bistroplanung werde daher von Seiten der EU nicht mehr geprüft.

Es sprechen die Herren Rathcke, Wosnitza, Macziew, Schubert, Röttger sowie Frau Metzner. Unter anderem wird dabei auf mögliche Verfahrensfehler und die vorgebrachten Einwände eingegangen. Zu den Punkten äußern sich Frau Hartmann und Herr Möller. Demnach sei man noch gar nicht bei der Frage, ob Verfahrensfehler gemacht worden seien. Durch die bei der Europäischen Kommission eingelegte Beschwerde (siehe Niederschrift Nr. 34 vom 20.11.2012 des Umwelt- und Kleingartenausschusses TOP 4.2.5) habe die EU Gründe gesehen, ein Untersuchungsverfahren einzuleiten. Wie oben schon erwähnt, werde zur Vermeidung eines langwierigen Rechtsstreits vom Bau eines Bistros abgesehen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.2.4 LN-Artikel Stadtwald - privater Holzeinschlag (vorgezogen)

Herr Sturm bezieht sich auf den LN-Artikel - „Fehlverhalten im Wald: Lietzke widerspricht Forstwirt“ vom 09.12.2013 und stellt die Sichtweise des Bereichs Stadtwald anhand einer Präsentation näher dar.² Fragen der Herren Rathcke, Röttger, Otte sowie Frau Stockfisch zu den Themen Ausgleichsmaßnahmen, externer Holzeinkauf, Baumpflanzungen sowie Zertifizierungen beantworten Herr Sturm, Frau Hartmann sowie Herr Möller.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.3 Beantwortung von Anfragen

zu 4.3.1 Fragen zur erheblichen Lärmbelastigungen im Bereich der Neuen Hafestraße, der Eschenburgstraße und weiteren Straßen in Karlshof durch Verladearbeiten der Firma Rodenberg, Waldkontor GmbH im Hafen Vorlage: VO/2013/01055

Die Antworten sind in der Niederschrift Nr. 3 (2013.11.19) und den Anlagen zur Niederschrift enthalten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.3.2 Laubbeseitigung Moltkestraße

Herr Möller teilt mit, dass die Moltkestraße 2 x wöchentlich komplett gereinigt werde. Um das Laub zu beseitigen, würden die Mitarbeiter der Stadtreinigung Laubgebläse benutzen und es damit auf den Radweg transportieren. Unmittelbar nach diesem Arbeitsschritt folge eine Kleinkehrmaschine und nehme das Laub auf. Hierbei könne es passieren, dass das Laub kurze Zeit auf dem Radweg verbleibe. Ein aufmerksamer Verkehrsteilnehmer werde hierdurch keinen Schaden erleiden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.3.3 Ölunfall Kahlhorststraße

Herr Möller teilt mit, dass von einem Ölunfall in der Kahlhorststraße in jüngerer Vergangenheit weder die Abteilung Gewässerschutz noch die Abteilung Kanalnetzbetrieb der Entsorgungsbetriebe Lübeck Kenntnis erhalten hätten und Mitarbeiter der Stadtentwässerung in Einsätze nicht involviert wären. Im Kanalnetz seien in der fraglichen Zeit Auffälligkeiten nicht festgestellt worden. Laut Einsatzbericht der Feuerwehr und Rücksprache mit dem Einsatzleiter beim Einsatz Kahlhorststraße sei kein Öl in die Kanalisation gelangt. Die Sieleinläufe seien rechtzeitig geschützt worden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

² Anlage 2

zu 4.4 Überweisungen aus der Bürgerschaft

zu 4.4.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - "Umweltbericht für das Metallhüttenwerkgelände" Sitzung der Bürgerschaft 29. August 2013 (VO 833)
Vorlage: VO/2013/00858

Vertagt.

zu 4.4.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - "Lärmentwicklung der Häfen und Wasserstraßen" Sitzung der Bürgerschaft 29. August 2013 (VO 777)
Vorlage: VO/2013/00859

Sitzung der Bürgerschaft am 29. August 2013

Die Bürgerschaft hat mit VO 777 den nachstehend aufgeführten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur **abschließenden** Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung überwiesen:

Lärmentwicklung der Häfen und Wasserstraßen

Der Bürgermeister wird beauftragt, Lärmdaten der Lübecker Häfen und des Schiffsverkehrs auf den Bundesgewässern im Stadtgebiet von den zuständigen Bundes- und Landesbehörden anzufordern und sie dem Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung sowie dem Lärminderungsbeirat vorzulegen. Neben den zuletzt ermittelten Lärmdaten sollen auch Daten aus vorangegangenen Messungen beigefügt werden, um Lärmentwicklungen erkennbar zu machen. Es wird ferner darum gebeten, gegebenenfalls vorhandene Bundes- und Landes-Konzepte zur Hafен- und Schiffsärminderung den genannten Gremien vorzulegen.

Frau Metzner merkt an, dass die Überweisung schon im Ausschuss behandelt worden sei und man die Daten sehr gut im Internet abrufen könne. Herr Schneider ergänzt, dass in der Sitzung 17.09.2013 Frau Hartmann kurz auf die Überweisung eingegangen sei und die fehlenden Informationen nachrichtlich der Niederschrift beigefügt wurden. Nach Beschlussfassung in dieser Sitzung sollte danach erneut beraten werden, ob die gegebenen Informationen ausreichend seien und die Überweisung damit als erledigt betrachtet werden könne.

Der Ausschuss betrachtet die Überweisung mit den Daten aus der Niederschrift Nr. 2 (Sitzung vom 17.09.2013) bei 14 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig als erledigt.

zu 4.4.3 interfraktioneller Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und BM Bruno Böhm - "Umschlag, Lagerung und Bereitstellung gefährlicher Güter" Sitzung der Bürgerschaft 28. November 2013 (VO 10794)
Vorlage: VO/2013/01191

Sitzung der Bürgerschaft am 28. November 2013

Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.18 mit VO Nr. 10794 den nachstehend aufgeführten interfraktionellen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und BM Bruno Böhm einstimmig **abschließend** an den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung überwiesen:

Umschlag, Lagerung und Bereitstellung gefährlicher Güter

1. *Der Bürgermeister wird beauftragt, in Kooperation mit zuständigen übergeordneten Behörden den Stand der Genehmigungen (einschließlich ihrer Geltungsdauer) für Umschlag, Lagerung, Zwischenlagerung und Bereitstellung gefährlicher Güter und Stoffe auf öffentlichen und privaten Hafen- und Kaianlagen sowie Lagerplätzen- und Hallen in Lübeck aufzulisten und der Bürgerschaft vorzulegen.*
2. *Der Bürgermeister wird ferner beauftragt, in einem zweiten Schritt diese Genehmigungen mit dem Ziel zu überprüfen, mögliche Konfliktsituationen mit Wohnbereichen und Gewerbebetrieben erkennbar zu machen und gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse zu sichern.*
3. *Bei der Überprüfung soll das Augenmerk darauf gerichtet sein,*
 - a *inwiefern Genehmigungen aus der Vergangenheit aufgrund seither eingetretener Stadtentwicklungen ggfls. obsolet geworden sind und bei Auslaufen ihrer Geltung modifiziert werden sollten;*
 - b) *den Umgang mit gefährlichen Gütern und Stoffen mit neuen, in Arbeit befindlichen Planwerken für Wohnen, Gewerbe und Landschaft in Übereinstimmung zu bringen, um Konflikte vor allem innerhalb des dichter besiedelten Stadtgebietes zu vermeiden und gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse zu sichern.*

Herr Schubert merkt an, dass zur Ziffer 1 schon ein Bericht aus dem Jahre 2012 vorliege und man zu den Ziffern 2 und 3 Sachverständige des FB 5 zu einer der nächsten Sitzungen einladen könne, die dazu mündl. berichten.

Laut Herrn Wosnitza könnte die Ziffer 2 noch um die Punkte Katastrophenschutz und Rettungswesen ergänzt werden. Herr Möller entgegnet, dass bei der Feuerwehr grundsätzlich Lagepläne bei Gefahrenbetrieben hinterlegt seien und man beim Aufbau neuer Betriebe die Feuerwehr einbeziehe.

Herr Zahn plädiert für den Verfahrensvorschlag von Herrn Schubert.

Herr Schubert stellt zur Überweisung den folgenden Antrag und lässt darüber abstimmen:

„1. Der Bericht wird den Ausschussmitgliedern als Information zur Ziffer 1 der Überweisung zur Verfügung gestellt.

2. Zu den Ziffern 2 und 3 trägt eine sachkundige Person des FB 5 im Ausschuss vor.“

Der Ausschuss beschließt bei 14 - Ja-Stimmen, 0 - Nein-Stimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig, so zu verfahren.

**zu 4.4.4 Antrag der Fraktion Die Linke - "Wakenitzverkrautung" Sitzung der Bürgerschaft 28. November 2013 (VO 10799)
Vorlage: VO/2013/01192**

Sitzung der Bürgerschaft am 28. November 2013

Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.22 mit VO Nr. 10799 den nachstehend aufgeführten Antrag der Fraktion DIE LINKE einstimmig **abschließend** an den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung und Bauausschuss (federführend) überwiesen:

Wakenitzverkrautung

Der Bürgermeister wird aufgefordert, alle erforderlichen Mittel in die Wege zu leiten, um das Problem der Verkrautung der Wakenitz in den Griff zu bekommen.

Im Ausschuss wird der TOP unter Beteiligung der Herren Möller, Rathcke, Martens, Otte, Wosnitza, Zahn und Röttger sowie der Damen Wind-Olßon und Bussat kontrovers diskutiert. Die Mehrheit der Vorgenannten sehe zurzeit keinen Handlungsbedarf. So sei das Thema mehrmals in den Gremien der HL beraten worden und ein neuer Sachstand nicht erkennbar. Des Weiteren würde man mit dem heutigen Stand der Technik die Lage eher verschlimmern als verbessern. Es stelle sich die Frage, ob wirklich eingegriffen werden müsse. Außerdem würden mit dem Antrag die Interessen einer einzelnen Gruppe und nicht der Allgemeinheit verfolgt. Die Thematik Wakenitz werde ebenfalls in verschiedenen Arbeitsgruppen erörtert und nach Lösungsmöglichkeiten gesucht. Sobald Arbeitsergebnisse feststehen würden, könnten diese dem Ausschuss vorgetragen werden. Der andere Teil der Diskutierenden sehe schon einen Handlungsbedarf. Der Verkrautung müsse ja eine Ursache zugrunde liegen. So seien in der heutigen Sitzung u.a. Nitratwerte thematisiert worden.

Herr Schubert stellt zur Überweisung den folgenden Antrag und lässt darüber abstimmen:

„Der Antrag der Fraktion Die Linke wird abgelehnt und das Thema Wakenitzverkrautung erneut im Ausschuss behandelt, sobald sich neue Erkenntnisse ergeben.“

Der Ausschuss stimmt dem Antrag von Herrn Schubert bei **13** - Ja-Stimmen, **1** - Nein-Stimmen und **0** - Stimmenthaltungen mehrheitlich zu.

zu 5 Anträge

Es liegt nichts vor.

zu 6 Vorlagen

Es liegt nichts vor.

zu 7 Berichte und Antworten

Es liegt nichts vor.

zu 8 Neue Anfragen und Verschiedenes

zu 8.1 Sicherheitskonzept Hansetag (Anfrage Herr Rathcke)

Herr Rathcke fragt nach, ob das Sicherheitskonzept zum Hansetag angewandt werde und wer diesbezüglich die Lübeck und Travemünde Marketing GmbH (LTM) kontrolliere. Herr Möller antwortet, dass die LTM Flächenverwalter und selbstverständlich auch den Behörden unterworfen sei. Das Sicherheitskonzept zum Hansetag befinde sich momentan in der Erarbeitung und die Behörden seien mit eingebunden. Gegen Ende des 1. Quartals 2014 könnte das Konzept komplett erarbeitet und abgestimmt sein.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8.2 Lärmschutz Schienenverkehr im Zuge der FBQ (Anfrage Herr Dr. Lengen)

Herr Dr. Lengen fragt nach Lärmschutzmaßnahmen in Erwartung der Zunahme des Schienenverkehrs im Zuge der festen Fehmarnbeltquerung (FBQ). Herr Möller merkt an, dass dazu mehrfach im Bauausschuss sowie im Umwelt- und Kleingartenausschuss beraten worden sei. Auch habe es schon Vorträge zur Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie bzw. Lärmaktionsplanung gegeben. Die ganze Thematik Lärmschutz FBQ werde erst im weiteren Planungsverfahren abgearbeitet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8.3 Radfahrunfälle Meierbrücke - Verkehrsführung (Anfrage Herr Dr. Lengen)

Herr Dr. Lengen erwähnt, dass die Verkehrsführung Höhe Meierbrücke unglücklich geregelt und es zu Radfahrunfällen gekommen sei. Hier müsste nachgebessert werden. Herr Möller erwidert, dass diese Anfrage in die Zuständigkeit des Bauausschusses fiel und dort gestellt werden müsse.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8.4 Sana-Kliniken - Aufnahme Notfallpatienten (Anfrage Herr Martens)

Herr Martens fragt nach dem Sachstand zum Vorfall Sana-Kliniken und merkt an, dass die dazu gestellten Fragen noch nicht beantwortet seien. Herr Möller erklärt, dass die staatsanwaltlichen Ermittlungen noch nicht abgeschlossen seien. Des Weiteren sei die Überprüfung der Möglichkeit zur Versorgung von Schlaganfallpatienten durch die Sana-Kliniken seitens des Sozialministeriums noch im vollen Gange.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8.5 Videoüberwachung Schulgelände (Anfrage Frau Stockfisch)

Frau Stockfisch fragt nach, wer für das Thema Videoüberwachung auf Schulgeländen zuständig sei. Herr Möller antwortet, dass dies ein Thema für den Schul- und Sportausschuss sei und sich generell das „Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein“ damit befasse.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8.6 Verschiedenes (Herr Zahn)

Herr Zahn bedankt sich bei den Organisatoren der Ausschusssitzung für die hervorragende Bewirtung der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9 Polizeibeirat (vorgezogen)

zu 9.1 Prostitution

Frau Lenz reicht zum TOP 9.1 den folgenden schriftlichen Antrag ein:

„Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,

hiermit stelle ich einen Antrag zu Fragen der Prostitution und den damit zusammenhängenden Handlungen und Handlungsempfehlungen für die Hansestadt Lübeck:

Es sind Fachkräfte einzuladen, die den Ausschuss Umwelt, Sicherheit und Ordnung, sowie den Bauausschuss

- über die Entwicklung der Prostitution in den letzten 15 Jahre informieren*
- den Unterschied zwischen Sexarbeit und Menschenhandel aufzeigen*
- die Wirkung verschiedener Maßnahmen aufzeigen und Handlungsempfehlungen geben.*

Als Expertinnen schlage ich vor, die mit dem Thema befasste Vertreterin des Gesundheitsamtes und die langjährige Mitarbeiterin der „Beratungsstelle für Frauen“ (Vorwerker Diakonie), Frau Wulf, einzuladen.“

Frau Scheibner berichtet über die Prostitution in Lübeck.³

Im Ausschuss wird das Thema unter Beteiligung der Damen Lenz, Menorca, Stockfisch, Wind-Olßon sowie der Herren Zander, Martens, Rathcke und Schubert diskutiert. Dabei wird u.a. auf die Punkte Veränderungen der letzten Jahre, Begleitkriminalität, Menschenhandel, Kontrollen, Schutz der Frauen und auf die Einrichtung eines Prostitutions-Betriebes eingegangen.

Zu den Punkten äußern sich Frau Scheibner, Herr Wolff sowie Herr Möller. So habe sich in den letzten Jahren der Rotlichtbereich in der Hansestadt Lübeck (HL) verändert und eher in den privaten Bereich (Wohnungen, Massagestudios, private Sexpartys etc.) verlagert. In Lübeck würden ca. 100 Frauen der Prostitution nachgehen. Die Frauen würden über ihre Heimatländer Zimmer anmieten (gewerbliche Zimmervermietung), für 3 - 4 Wochen nach Deutschland kommen, um Geld zu verdienen und gingen danach wieder zurück. Es handle sich hierbei um eine Art Armutsprostitution. Eine kriminelle Szene in der HL aufgrund von Prostitution sowie eine Begleitkriminalität könne nicht festgestellt werden.

In 2012 seien in der HL zwei Fälle im Sinne des § 232 Strafgesetzbuch (StGB) - Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung – verzeichnet worden. Diese ließen sich aber bei der weiteren Überprüfung nicht eindeutig bestimmen. Landesweit seien hierzu zehn Fälle bekannt. Weitere Rechtsnormen seien die §§ 180a und 181a StGB. Hierzu habe es in 2012 keine Fälle gegeben. Maßnahmen zum Schutz der Frauen seien in Lübeck aufgrund der Sonderszene eher begrenzt. Stichprobenartig würden im Rahmen der Gefahrenabwehr Kontrollen durchgeführt und man spreche mit den Frauen. Die Szene in Lübeck mache nicht den Eindruck, dass erheblicher Druck auf die Frauen ausgeübt werde. Hinweise oder Anzeigen gebe es nicht.

³ Anlage 3

Prostitution werde keinesfalls befürwortet, bei der Errichtung eines Bordells sehe man aber weniger Probleme im Hinblick auf Kriminalität, sondern schaffe dadurch ein wenig Transparenz und es diene zum Teil auch dem Schutz der Frauen. Konzepte / Handlungsempfehlungen zu entwickeln sei aufgrund des Fehlens einer direkten Szene in der HL schwierig.

Herr Otte stellt den folgenden Antrag:

„Mit der Beratung im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung & Polizeibeirat wird der schriftliche Antrag von Frau Lenz als erledigt betrachtet.“

Herr Schubert lässt darüber abstimmen.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag von Herrn Otte bei 14 - Ja-Stimmen, 0 - Nein-Stimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig zu und betrachtet den schriftlichen Antrag von Frau Lenz als erledigt.

zu 9.2 Umweltpolizei

Frau Bussat merkt an, dass die Umweltpolizei von Lübeck nach Scharbeutz gehe und fragt nach, ob diese Aufgabe in der HL nun nicht mehr wahrgenommen werde.

Laut Herrn Wolff würden in Lübeck grundsätzlich alle Dienststellen der Polizei Anzeigen / polizeilich relevante Mitteilungen zu Umweltdelikten entgegennehmen. Zusätzlich sei derzeit beim Polizei-Bezirksrevier Lübeck (PBR Lübeck) ein so genannter Umweltschutztrupp eingerichtet, der dieses Aufgabenfeld als Schwerpunkt in der Aufgabenwahrnehmung zugeschrieben bekommen habe. Das PBR Lübeck und somit auch der Umweltschutztrupp seien in der Schwartauer Landstraße 9, 23554 Lübeck, untergebracht.

Derzeit werde in Scharbeutz (Nähe BAB-Abfahrt) auf dem Gelände des dortigen Polizei-Autobahnrevier Scharbeutz (Breitenkamp 127, 23684 Scharbeutz) ein Neubau erstellt. Dieser Neubau solle das Polizei-Bezirksrevier Lübeck, das Polizei-Bezirksrevier Eutin und das Polizei-Autobahnrevier Scharbeutz aufnehmen. Gleichzeitig erfolge eine Fusion der drei Dienststellen zu einem Polizei-Autobahn-Bezirksrevier Scharbeutz (PABR Scharbeutz) unter einheitlicher Dienststellenleitung. Diese Dienststelle werde im zugeschriebenen Aufgabenfeld für den gesamten Bereich der PD Lübeck (Hansestadt Lübeck und Kreis Ostholstein) zuständig sein. Der Umweltschutztrupp werde somit zukünftig in Scharbeutz räumlich untergebracht sein, Lübeck verfüge dann nicht mehr über eine solche Fachdienststelle vor Ort.

Parallel zu den beschriebenen Umstrukturierungen erfolge derzeit innerhalb der Polizei auf Landesebene eine Aufgabenbetrachtung zum Thema „umweltpolizeiliche Aufgaben“. Diese Prüfung dauere noch an, ein Termin zum Abschluss dieser Überprüfung könne noch nicht angegeben werden. Es sei aufgrund dieser Aufgabenbetrachtung möglich, dass hinsichtlich der grundsätzlichen Ausrichtung der Polizei des Landes Schleswig-Holstein und somit auch innerhalb der PD Lübeck in der Wahrnehmung „umweltpolizeilicher Aufgaben“ Änderungen erfolgten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9.3 Polizeieinsätze/Rettungsdienst

Frau Menorca erwähnt, dass zunehmend ältere Menschen im Rahmen des Pflege- / Rettungsdienstes aus ihren Wohnungen geholt würden. Dabei würde man verstärkt

Polizeikräfte bei Einsätzen des Rettungsdienstes hinzuziehen und die Polizei übe deshalb bessere „Hausmeistertätigkeiten“ aus.

Laut Herrn Wolff könne eine Einsatzsteigerung nicht bestätigt werden, dies sei eher eine Frage für den Rettungsdienst. Herr Möller fügt hinzu, dass in der Tat die Einsätze des Rettungsdienstes zunehmen würden und man gelegentlich die Polizei hinzuziehe.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9.4 Gaunerzinken

Herr Zahn möchte wissen, ob in Lübeck Zeichen an Häusern (Gaunerzinken), die Einbrechern zur Kommunikation untereinander dienen, festgestellt worden seien. Laut Herrn Wolff werde dieses Thema medial etwas übertrieben. In Lübeck sei diesbezüglich nichts festgestellt worden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Lenz verlässt um 17:10 Uhr die Sitzung. Es übernimmt Herr Wosnitza.

Herr Schubert stellt gem. Beschlussfassung (siehe TOP 2) um 19:40 Uhr die Nichtöffentlichkeit her.

Öffentlicher Teil:

zu 15 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Herr Schubert stellt um 19:43 Uhr die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil keine Beschlüsse gefasst worden seien. Herr Schubert schließt die Sitzung um 19:45 Uhr.

Lübeck, den 23. Dezember 2013

Hans-Jürgen Schubert
Vorsitzender

Maik Schneider
Protokollführung